

Amt für Geoinformation, Bodenordnung und Liegenschaften

Stellungnahme der Stadtverwaltung Erfurt zur Drucksache 0051/20021

Titel der Drucksache

Runder Tisch zum Nettelbeckufer - wie geht es weiter?

Öffentlichkeitsstatus der Stellungnahme

öffentlich

Zutreffendes bitte auswählen und im Feld Stellungnahme darauf Bezug nehmen:

Ist die rechtliche Zulässigkeit des Antrages gegeben?	Ja.
Stehen personelle und sächliche Ressourcen zur Verfügung?	Nein.
Liegen die finanziellen Voraussetzungen vor?	Nein.

Stellungnahme

Grundsätzlich ist aus Sicht der Stadtverwaltung eine konsensuale Lösung zur Umbenennung des Nettelbeckufers zu begrüßen. Im Kern dieses Anliegens steht allerdings keine verwaltungsrechtliche Frage als vielmehr ein gesellschaftspolitischer Prozess zum Umgang mit Deutschlands bzw. Erfurts kolonialem Erbe. Innerhalb dieses Prozesses versteht sich die Stadtverwaltung zunächst als Dienstleister – nicht als Akteur. Dementsprechend wird die Stadtverwaltung die Entscheidungsfindung im hierfür zuständigen Stadtrat (bzw. im vorberatenden Fachausschuss und innerhalb der Straßensfindungskommission) begleiten und im Nachgang umsetzen. Die Einladung zu einem "Runden Tisch" durch die Stadtverwaltung verzerrt das bürgerschaftlich getragene Interesse. Den jeweiligen Interessenten obliegt es selbst geeignete Formate, die zur demokratischen Meinungsbildung beitragen, auszuwählen. Es wird daher empfohlen, den vorgeschlagenen Prozess nicht durch die Stadtverwaltung aufzusetzen.

Es ist auch darauf hinzuweisen, dass es sich grundsätzlich hier um die Übernahme einer zusätzlichen und zudem freiwilligen Aufgabe der kommunalen Selbstverwaltung handelt. Für die Beauftragung einer externen Moderation, stehen, auch aufgrund der pandemischen Lage, keine Haushaltsmittel zur Verfügung.

Sofern der Stadtrat am Beschlussvorschlag festhält, kann eine Moderation des Runden Tisches, im Auftrag des Oberbürgermeisters, allenfalls dem Leiter der Straßennamenkommission Herrn Dr. Stefani übertragen werden. Hierbei ist es nicht Aufgabe der Stadtverwaltung im Rahmen eines politischen Prozesses eine eigene Meinung darzulegen. Die Stadtverwaltung kann allenfalls Meinungen bündeln und im Rahmen eines Abwägungsprozesses eine Empfehlung an die politischen Vertreter abgeben.

Folgende Vertreter sind aus Sicht der Verwaltung in einem solchen Prozess zu beteiligen:

- je ein Fraktionsmitglied oder das berufene Mitglied der Straßennamenkommission
- Vertreter der Verwaltung: Leiterin des Stadtarchivs Frau Dr. Bauer sowie 3 weitere zu benennende Vertreter (Amt 62, Bürgeramt, Tiefbau- und Verkehrsamt)
- je ein Vertreter der Initiativen Decolonize / Initiative Schwarze Menschen in Deutschland
- ein Vertreter der Stiftung Ettersberg
- Anwohner des Nettelbeckufers (sowohl Befürworter, Unentschlossene als auch Gegner), um auch den Betroffenen die Möglichkeit zur Meinungsäußerung zu geben.

Änderung des/der Beschlusspunkte aus Sicht der Stadtverwaltung:

Anlagenverzeichnis

gez. Dr. T. Stefani
Unterschrift Beigeordneter

20.01.2021
Datum